

# Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI OESTERREICHS

10 Nummern S 150 (inkl. Postzustellung)  
Oesterr. Postsparkassenkonto Nr. 119471

(OPPOSITION)

Redaktion und Administration:  
XVI., Kirchstättergasse 19/10, Tel. R-30-9-58

Preis 15 Groschen

Juni 1932

6. Jahrgang, Nr. 103

## Vorwärts zur proletarischen Einheitsfront!

Brüning abgesägt. Papen-Schleicher am Ruder. Hinunter mit dem Arbeitergesindel, hinauf mit den Hohenzollern. Bündnis mit Frankreich zum Krieg gegen die Sowjetunion: das ist in knapper Formel das Programm der Generalsregierung. Schon gehen Gerüchte über das Hinaufsetzen des Wahlalters, über die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung, über die Einsetzung des Exkronprinzen als Reichsverweser im Herbst.

Generalsregierung und Hitler arbeiten Hand in Hand, beide sind Werkzeuge der Junker und der Schwerindustrie, beide haben dasselbe Ziel: die Restauration der Hohenzollern, das «Dritte Reich». Nichts dümmers als auf Differenzen unter ihnen die Hoffnung setzen.

Der Reichstag ist aufgelöst, die Wahlen sind für 31. Juli ausgeschrieben. Bei den guten Konjunktur wollen die Herrschenden den Versuch nicht unterlassen, auf die gleiche Weise ihr Ziel zu erreichen. Dabei brechen sie seelenruhig ein Gesetz nach dem anderen, um so oder so die Hohenzollern-Monarchie wieder aufzurichten. Aber das Schwergewicht des Kampfes legen die Hindenburg-Schleicher-Hitler-Wilhelm nach wie vor außerhalb des Parlaments in die faschistische Aktion, die sie mit dem Staatsapparat unterstützend immer weiter treiben. So wichtig die Wahlen am 31. Juli, um diesen Plan zu erschweren: nur die

### außerparlamentarische Massenaktion

kann diese Pläne wirklich durchkreuzen. Noch vor zehn Wochen schrie die Sozialdemokratie: «Wer Hindenburg wählt, schlägt Hitler!» Heute holt derselbe Hindenburg die Schleicher-Hitler. Dieselbe Sozialdemokratie, die den Hindenburg-Schleicher-Hitler den Boden gebnet, winselt jetzt verlogen: «Das darf, dank der Nationalsozialisten, die Reaktion dem großen deutschen Arbeitervolke bieten!» . . .

An der Generalsdiktatur sind nach der «A.-Z.» schuld — die Massen: weil sie im Herbst 1930 durch die Wahl zu vieler Nazis das Parlament unfähig gemacht hätten. Wer die Massen dahin gebracht, daß sie den Nazis nachlaufen, darüber schweigt die «A.-Z.». Sie hätte den jahrelangen Verrat der SP an den Massen schildern müssen, die Koalitionspolitik, die Tolerierungspolitik. Selbst jetzt setzt die SP den Verrat der Tolerierungspolitik fort! Sie sollen zeigen, was sie können!, ruft die SPD. «Es ist für die deutschen Arbeiter außerordentlich schwer, sich mit Aussicht auf Erfolg gegen eine Herrschaft aufzulehnen, die über alle außerparlamentarischen Macht- und Gewaltmittel des Staates verfügt und überdies den Faschismus in Reserve hält», schreibt die «A.-Z.». Sie vergißt zu sagen, daß es dank des SP-Verrates so weit gekommen. Mit gleichem Atem spricht dieselbe «A.-Z.»: «Das Proletariat ist doch die zahlreichste, bestorganisierte Klasse der Gesellschaft.» Also wäre doch ein erster Kampf mit Aussicht auf Erfolg möglich! Weit gefehlt, schreibt die «A.-Z.» vom 4. Juni: «Manches spricht dafür, daß die Regierung der Junker und Generale, die heute Deutschland regiert, die Macht nicht

für ein paar Monate, sondern für ein paar Jahre ergriffen hat» . . . . . «In Deutschland ist die Demokratie unterlegen» . . . . . Das erfreuen sich dieselben Leute zu schreiben, die jahrelang verkündet haben, sie würden «die Demokratie mit dem letzten Blutstropfen verteidigen». Nun lassen sie kampflos, ohne den Finger zu rühren, dem Anschlag der Monarchisten gegen Demokratie und Republik freie Bahn. Ihr Gerede nach einer Kampfgemeinschaft mit den Kommunisten ist nur ein Geflücker, um diesen Gipfel allen sozialdemokratischen Verrates, diese schändlichste aller Kapitulationen vor den Massen zu maskieren.

Der Stalinismus ermöglicht diesen Riesenschwindel, so wie die Stalinpolitik überhaupt den sozialdemokratischen Verrat immer wieder erleichtert und ermöglicht hat. Die Sozialdemokratie hat durch ihren Verrat diese furchtbare Lage der Arbeiterklasse herbeigeführt, aber der Stalinismus ist voll mitverantwortlich, denn nur er, durch seine Bankrottspolitik hat der SP die Fortsetzung ihrer Verratspolitik immer wieder ermöglicht und tut das noch heute.

Statt die SPD beim Wort zu nehmen und unter dem Druck der Massen zur Einheitsfront zu zwingen, hüllt sich die Stalinpresse in Schweigen. Der Stalinismus verschweigt das Einheitsfrontmanöver der SPD, um nicht gezwungen zu sein, darauf der Sozialdemokratie als Partei mit dem unvermeidlich notwendigen ersten Einheitsfrontangebot antworten zu müssen. Immer krasser zeigt sich, daß auch der Stalinismus das einzige, was jetzt die Arbeiterklasse noch retten kann, nicht will, nicht will die proletarische Einheitsfront, sondern will etwas ganz anderes.

In derselben Sitzung des preußischen Landtags, in der die kommunistischen Abgeordneten mit Recht die Kapitulationserklärung der SPD («Sie sollen zeigen, was sie können!») verhöhnt, in derselben Sitzung verkündete Plek namens der Stalinbureaukratie: «Deutschland wird erst erwachen, wenn die Nazianhänger in der Praxis die Verlogenheiten der Naziversprechungen erkennen werden» («R. F.» 3. Juni) und bewies so durch alle kraftmeierischen Stalinphrasen hindurch, daß die Grundeinstellung des Stalinismus ist, die Spekulation auf die Abwärtsschiffung des Faschismus, die Kapitulation. Mit einem Wort, daß der Stalinismus auf dem Boden derselben Kapitulation steht, die die «A.-Z.» in Worte hüllt: «Die Stunde der großen Enttäuschung für die Hitleranhänger wird noch folgen» . . . . Es ist eine Kapitulation, der gegenüber selbst der gigantische Verrat vom 4. August 1914 verbläßt! Es ist eine Kapitulation, an der diesmal nicht nur die Sozialdemokratie verantwortlich ist, sondern in vollem Maße — welcher Schandel — auch der Stalinismus!

Das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse steht auf dem Spiel. Das Schicksal der Sowjetmacht steht auf dem Spiel: zweifellos hängt das Zuwartens des japanischen Imperialismus mit dem Kriegsüberfall auf die Sowjetunion mit den Vorgängen in Deutschland zusammen. Das Schicksal der Weltarbeiterklasse,

der Weltrevolution steht auf dem Spiel. Nur eines vermag dieses Schicksal zu wenden: die Revolutionierung der Massen. Nur die proletarische Einheitsfront kann das jetzt schaffen! Nur die Initiative der KPD kann die proletarische Einheitsfront ins Leben rufen! Nur durch stärkstes Aufrütteln der Massen von unten und gleichzeitiges initiatives Angebot öffentlich vor den ganzen Massen an die SPD als Partei und an die von der SPD geführten

Massenorganisationen mit der KPD die Einheitsfront zu bilden zum außerparlamentarischen Kampf gegen den Faschismus, gegen den Anschlag der Monarchisten, gegen die kapitalistische Offensive kann die Einheitsfront der gesamten Arbeiterschaft erstehen und Ausgangspunkt werden zur Wendung, zur Rettung, zum Sieg. Nieder mit jeder Kapitulation! Vorwärts zur proletarischen Einheitsfront! Vorwärts zum Kampf und Sieg!

## Auch in Oesterreich: Proletarische Einheitsfront!

Die Abschreibung fast der Hälfte des Kapitals beim Bankverein und der Merkurbank zeigen deutlich das Fortschreiten der Krise. Statt den Betrügnern, die die Bundeshaftung für die Credit-Anstalt erschlichen, den Schein zu zerreißen, feilscht die Regierung mit ihnen um Erleichterung der Zahlungsbedingungen. Sie mimt den starken Mann und — zahlt. Die Kredite, die von Genf im besten Falle kommen, reichen kaum hin, sich eine kurze Zeit zu freuten. So sehr die Bourgeoisie die Kredite wünscht, um sich das Spiel zu erleichtern, in Wahrheit stellt sie nach wie vor ihre Rechnung auf die weitere Anspöndelung der Massen.

In den Betrieben treiben die Unternehmer den Angriff auf die Löhne verstärkt vor. Vor allem die Alpine, die neuerlich 11 Prozent der Löhne wegreißen will, wobei die Bergbehörde die Arbeiter gefügig zu machen sucht, indem sie ihnen droht, sie würden keine Arbeitslosenunterstützung bekommen.

Die Regierung legt ein «Notbudget» vor, das 200 Millionen Schilling an den Massen «ersparen» soll: Einstellung aller Investitionen, neue Steuern und Zölle — darunter die Erhöhung der Warenumsätze um 50 Prozent! — Erhöhung der Postgebühren sind die Hauptpunkte und vor allem die «Herstellung des Gleichgewichtes in der Arbeitslosenversicherung» durch Kürzung nämlich der Hungerunterstützung und massenhaftes Aussteuern. 200.000 Arbeitslose sind schon ausgesteuert, nun will die Regierung noch 70.000 dazu aussteuern! Durch «freiwillige Arbeitsdienstpflicht» will sie Zwangsarbeit einführen für Arbeitslose!

Außerdem hat die Regierung Angriffe in Gang gesetzt gegen die Jungarbeiter und Konsumvereine (Gewerbenovelle), gegen die Beamten (Personalabbau), gegen die Bundesbahnpensionisten, gegen alle Arbeiter durch die Brotteuerung. Die Geschwörmengerichte will sie beseitigen.

Trotz Aufmarschverbotes läßt die Regierung den Aufmärschen, auch den bewaffneten der Faschisten, freien Lauf. Bei den faschistischen Veranstaltungen erscheinen Vertreter der Behörde, des Heeres, der Gendarmerie. Dagegen die Bewegungsfreiheit der Arbeiter wird in jeder Art unterbunden.

Die Sozialdemokratie hat der Regierung den schärfsten Kampf angesagt. In der Praxis schaut das so aus:

In der Frage der Bundeshaftung für die Credit-Anstalt, in der Frage der Zahlungen an deren Auslandsgläubiger — alles auf Kosten der Massen — läßt die SP der halbfaschistischen Regierung Dollfuß freie Hand. Sie läßt den Dingen den Lauf, den die Bourgeoisie braucht.

Diese verräterische

### Tolerierungspolitik

maskiert sie durch den Kampf um ein Notopfer der «Allgemeinheit» für die Arbeitslosen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieses Opfer die Form der Beschaftigtensteuer bekommt. Das heißt, daß einfach von den Hungerlöhnen der Arbeiter noch mehr abgezackt werden wird. Doch auch, wenn sich die Bourgeoisie und SP auf eine weniger durchsichtige Form einigen, die «Allgemeinheit», die da zu opfern haben wird, werden letzten Endes die Beschäftigten sein. Nicht im Traum denkt die Sozialdemokratie daran, den Geldsack der Kapitalisten anzutasten!

Die Hauptsorge der Sozialdemokratie ist ja gerade, eben mit diesen Kapitalisten «die großen und lebendigen Kräfte des Landes zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten (der Kapitalisten) wirklich zusammenzufassen». Das heißt, mit der Bourgeoisie zu bilden die Koalition. Um die Kapitalistenklasse geneigter zu machen, haben die sozialdemokratischen Lakaien neuerlich dem Bankkapital unter die Arme gegriffen mit Krediten der Gemeinde für Bankverein und Merkurbank.

Die einzige Partei der Arbeiter, die ernstlich gegen die Arbeitslosigkeit und für die Arbeitslosen kämpft, ist die Kommunistische Partei. Alle Arbeiter, alle Werktätigen, müssen den Kampf der KP gegen den Hunger unterstützen.

Die einzige Partei, die sich ernstlich bemüht, den Kampf gegen den Lohnraub zu organisieren, insbesondere gegen die Alpine, ist die Kommunistische Partei.

Die einzige Partei, die ernstlich den Kampf gegen den Faschismus führen will und führt, ist die Kommunistische Partei.

Die einzige Partei, die den ernstlichen Willen hat zum Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr, ist die Kommunistische Partei. Alle Arbeiter müssen helfen den internationalen Solidaritätstag, zu dem die Kommunistische Internationale ruft, zu einer mächtigen

Kundgebung zu gestalten, für die Verteidigung der Sowjetunion.

Die Sozialdemokratie in diesen und allen Fragen markiert nur den Kampf — die Kommunistische Partei will den ersten Kampf in diesen und allen Fragen und sie kämpft auch tatsächlich unter Einsatz aller ihrer Kräfte, mögen diese auch jetzt noch schwach sein.

Die Ziellösungen der KP sind gut: Schluß mit den Aussteuerungen! Schluß mit den Kürzungen der Unterstützung! Volle Unterstützung an alle Arbeitslosen, auch an die Ausgesteuerten, für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit! Schluß mit den Entlassungen! Sieben-Stundentag bei vollem Lohnausgleich! Schluß mit dem Lohnabbau! Arbeit und Brot durch ein Arbeitsbeschäftigungsprogramm auf Kosten der Bourgeoisie! Gegen jede weitere Belastung der Massen durch Steuern und Zölle! Gegen die Arbeitsdienstpflicht! Gegen die Sabotage der Handelsbeziehungen zur Sowjetunion! Aufhebung der Staatshaftung für die Rothschild-Bank! Weg mit der Kongrua, mit den Ausgaben für kapitalistisches Heer, für kapitalistische Polizei! Progressive Vermögenssteuer!

Nicht an diesen Lösungen liegt es, daß es der KP nicht gelingt, dafür die großen Massen wirklich in Schwung zu setzen. Aber die Taktik der Kommunistischen Partei, die Linie, auf der sie kämpft, die stalinische Linie ist falsch, grundfalsch. So erklärt sich das «Wunder von Wien», worüber die SP jubelt zu jubeln allen Grund hat. Denn, daß die Arbeiter trotz aller kapitalistischen Angriffe, trotz aller entsetzlichen Not, trotz allen sozialdemokratischen Verrates im großen und ganzen bei der Sozialdemokratie bleiben und nicht zu ihrer Klassenpartei gehen, nicht gehen zur Kommunistischen Partei, wahrhaftig, das ist ein Wunder. Doch dieses Wunder dankt die Sozialdemokratie einzig und allein — dem

Stalinismus.

Die Kommunistische Partei ist nicht imstande, die wirklich großen Massen zu mobilisieren, weil ihr der Stalinismus eine so gefährliche Fesselung auferlegt, daß sie die Arbeitermassen nicht mobilisieren können. Ihren sichtbarsten, gefährlichsten Ausdruck findet jetzt die grundfalsche stalinische «Generallinie» in der Taktik der

«roten» Einheitsfront.

Die offenkundige Tatsache, daß trotz alledem und alledem die großen Massen der Sozialdemokratischen Partei folgen, kann der Stalinismus nicht ableugnen. Aber starrköpfig lehnt er die sich daraus zwangsläufig für die revolutionäre Taktik ergebende Schlußfolgerung ab, daß die gesamte Arbeiterschaft zum Kampf gegen Hunger, Faschismus, Kriegsgefahr jetzt zusammengefaßt werden kann nur durch eine Taktik, die sich mit dem Angebot der proletarischen Einheitsfront zu bilden wendet auch an die Sozialdemokratische Partei und an die von ihr geführten proletarischen Massenorganisationen.

Die proletarische Einheitsfront in rascherer Weise zu schaffen, ist jetzt das oberste Gebot für die Arbeiterklasse, für die Kommunistische Partei bei Strafe der schwersten Niederlage für lange Zeit. Die Sozialdemokratie jongliert mit dem Gedanken der proletarischen Einheit, um desto besser die Einheit des proletarischen Kampfes weiter sabotieren zu können.

Nur durch die

Initiative der KP

kann die Kampfeinheitsfront des gesamten Proletariats wirklich ins Leben gerufen werden! Da die Kommunistische Partei an diesem für die Arbeiterklasse, für die Kommunistische Partei lebensnotwendigen Schritt durch den Stalinismus gehindert wird, müssen die Arbeiter in ihren ureigenstem Lebensinteresse helfen die Kommunistische Partei vom Stalinismus zu gesunden, indem sie unseren Kampf unterstützen, die KP überzuführen auf die Linie von Marx und Lenin.

Obwohl das zahlenmäßige Verhältnis zwischen SP und KP in Oesterreich ganz anders ist als in Deutschland: auch in Oesterreich kann die Wendung nur kommen durch die Initiative der Kommunistischen Partei zur

proletarisches Einheitsfront,

durch die richtig angewendete kombinierte Taktik der Einheitsfront von unten und oben.

In dem Augenblick, wo die KP statt sich durch die «rote» Einheitsfronttaktik von den sozialdemokratischen Arbeitermassen zu isolieren, zur Taktik der Arbeiter-Einheitsfront übergeht, beginnt sie die Mauer zu durchbrechen zwischen sich und den Massen, gibt sie der Bewegung der Massen jenen Anstoß, der notwendig ist, um die Millionenmassen überzuleiten zur Gegenwehr und einzuleiten den Ueber-

LEO TROTZKI:

Die Zickzacks der Stalinisten in der Einheitsfrontfrage

Am 14. Oktober vergangenen Jahres sagte Remmele, einer der drei offiziellen kommunistischen Parteiführer, im Reichstag: «Das hat Herr Brüning sehr klar gesagt: wenn die (Faschisten) erst einmal an der Macht sind, wird die Einheitsfront des Proletariats zustande kommen und wird alles weggehen (stürmisches Händeklatschen bei den Kommunisten).» Daß Brüning mit einer solchen Perspektive die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie schreckt — ist begreiflich: er verteidigt seine Herrschaft. Daß Remmele mit einer solchen Perspektive die Arbeiter vertröstet — ist beschämend, er bereitet Hitlers Macht vor, denn diese ganze Perspektive ist an der Wurzel falsch und bezeugt völliges Unverständnis der Massenpsychologie und der Dialektik des revolutionären Kampfes. Wird Deutschlands Proletariat, vor dessen Augen sich gegenwärtig alle Ereignisse offen ausbreitet, alle die Faschisten an die Macht kommen lassen, d. h. ganz mörderische Blindheit und Passivität an den Tag legen, so gibt es ganz und gar keine Berechtigung zur Annahme, das gleiche Proletariat werde mit einem Male die Passivität von sich schütten und «alles hinweggehen». In Italien haben wir die gleiche Geschichte gesehen. Remmele teilt ganz im Geiste der französischen kleinhändlerischen Phraseure des 19. Jahrhunderts, die sich vollkommen unfähig erwiesen hatten, die Massen hinter sich herzuführen, dafür aber vollständig überzeugt waren, daß, wenn sich Louis Bonaparte an die Spitze der Republik setzen werde, das Volk sich unverzüglich zu deren Verteidigung erheben und «alles hinweggehen» werde. Doch das Volk, das den Abenteuer Louis Bonaparte hatte an die Macht gelangen lassen, war selbstverständlich unfähig, ihn nachher hinwegzuführen. Es bedurfte neuer großer Ereignisse, historischer Erschütterungen, einschließlich Kriege.

Die Einheitsfront des Proletariats ist für Remmele, wie wir gehört haben, realisierbar erst nach Hitlers Machtergreifung. Kann es ein kläglicheres Bekenntnis der eigenen Unzulänglichkeit geben? Da wir, Remmele und Co., unfähig sind, das Proletariat zu vereinen, übertragen wir diese Aufgabe Hitler. Hat er uns das Proletariat vereinigt, werden wir uns ihm in ganzer Größe zeigen. Folgt die prahlerische Verkündung: «Wer wird wen schlagen? Diese Frage ist bereits entschieden (Händeklatschen bei den Kommunisten). Die Frage lautet nur noch: Zu welchem Zeitpunkt werden wir die Bourgeoisie werfen?» Ausgerechnet! Das nennt man russisch mit dem Finger in den Himmel tippen. Wir sind die Sieger des morgigen Tages. Dazu fehlt uns heute nur die Einheitsfront. Das wird uns morgen Hitler geben, sobald er an die Macht gelangt. Das heißt: Sieger des morgigen Tages wird also doch nicht Remmele, sondern Hitler sein. Dann gerüht Euch also hinter die Ohren zu schreiben: der Zeitpunkt für den Sieg der Kommunisten käme nicht bald!

Remmele selbst fühlt, daß sein Optimismus auf dem linken Fuß hinkt, und versucht, ihn zu stützen: «Die faschistischen Herrschaften schrecken uns nicht. Sie werden rascher abwärtschreiten als jede andere Regierung. (Sehr richtig! bei den Kommunisten).» Und als Beweis: die Faschisten wollen Papiergeldinflation, und das bedeutet Verderben für die Volksmassen, weshalb alles sich zum Besten wenden wird. So bringt Remmeles Wortinflation die deutschen Arbeiter vom Weg ab.

Wir haben hier die Programmrede eines offiziellen Parteiführers vor uns, heraus-

gegeben in ungeheurer Anzahl von Exemplaren und den Zielen kommunistischer Werbung dienend: am Schluß der Rede ist ein fertiges Formular für den Beitritt zu Partei angebracht. Und diese Rede ist ganz und gar auf der Kapitulation vor dem Faschismus aufgebaut. «Wir fürchten uns nicht» vor Hitlers Machtergreifung — das ist ja eben die nach der Kehreseite gewendete Formel der Feigheit! «Wir» halten uns nicht für befähigt, Hitler an der Machtergreifung zu hindern; noch ärger, wir Bürokraten sind so verfault, daß wir uns nicht unterstehen, ernsthaft an Kampf gegen Hitler zu denken; daher «fürchten wir uns nicht». Wovor fürchtet Ihr Euch nicht: vor dem Kampf gegen Hitler? Nein, sie fürchten sich nicht vor dem ... Siege Hitlers. Sie fürchten sich nicht, dem Kampf auszuweichen. Sie fürchten sich nicht, die eigene Feigheit einzugestehen. Schande, dreimal Schande!

In einer meiner früheren Broschüren schrieb ich, daß sich die stalinische Bürokratie anschiekt, Hitler eine Falle zu stellen. . . in der Gestalt der Staatsmacht. Die kommunistischen Zeitungsschreiber, die von Münzenberg zu Ulatun und von Ulatun zu Münzenberg überlaufen, verkündeten sogleich: «Trotzki verleumdet die Kommunistische Partei». Is es doch klar: aus Feindschaft gegen den Kommunismus, aus Haß gegen das deutsche Proletariat, aus heißem Wunsch, die deutsche Bourgeoisie zu retten, schreibt Trotzki der Stalin-Bürokratie den Plan der Kapitulation zu. In Wirklichkeit formulierte ich bloß knapp Remmeles Programmrede und Thälmanns theoretischen Artikel. Wo gibt es da Verleumdung?

Thälmann wie Remmele bleiben dabei nur Stalins Evangelium treu. Rufen wir uns nochmals in Erinnerung, was Stalin im Herbst 1923 lehrte, als in Deutschland alles, wie heute, auf des Messers Schneide stand: «Sollen die Kommunisten», schrieb Stalin an Sinowjew und Bucharin, (im gegebenen Stadium) «die Machtergreifung ohne die SPD anstreben, sind sie dafür schon reif — das ist meiner Ansicht nach die Frage: Wenn jetzt in Deutschland die Macht sozusagen fällt und die Kommunisten sie auffangen, werden sie mit Krach durchfallen. Das im «besten Falle». Im schlimmsten wird man sie kurz und kleinschlagen und zurückwerfen. Gewiß, die Faschisten schlafen nicht, aber es ist vorteilhafter für uns, daß die Faschisten als erste los schlagen: das wird die ganze Arbeiterklasse um die Kommunisten herum zusammenschließen. . . Meiner Ansicht nach muß man die Deutschen zurückhalten, nicht aber ermuntern.»

In seiner Broschüre «Der Massenstreik» schreibt Langner: «Die Behauptung (der Brandlerianer), daß ein Kampf im Oktober (1923) eine «entscheidende Niederlage» gebracht hätte, ist nichts weiter als der Versuch, die opportunistischen Fehler und die opportunistische kampflöse Kapitulation zu beschönigen». Vollkommen richtig. Wer aber war Initiator der «kampflösen Kapitulation»? Wer «hielt zurück», statt «zu ermuntern»? Im Jahre 1931 hat Stalin bloß seine Formel von 1923 weiterentwickelt: mögen die Faschisten die Macht nehmen, sie werden uns nur den Weg bahnen. Natürlich ist es viel leichter, über Brandler herzufallen als über Stalin: Leute wie Langner wissen das sehr gut. . .

Allerdings ist in den letzten zwei Monaten — nicht ohne Einfluß der entschiedenen

Proteste von links — eine gewisse Aenderung eingetreten: die Kommunistische Partei spricht nicht mehr davon, daß Hitler an die Macht kommen muß, um sich rasch zu erschöpfen; sie verlegt das Schwergewicht jetzt mehr auf die entgegengesetzte Seite der Frage: man darf den Kampf gegen Hitler nicht verschieben, bis Hitler an die Macht gelangt ist; man muß den Kampf jetzt führen durch Mobilisierung der Arbeiter gegen die Brüning-Dekrete, durch Erweiterung und Vertiefung des Kampfes in der wirtschaftlichen und politischen Arena. Das ist völlig richtig. Alles, was die Vertreter der Kommunistischen Partei in diesen Grenzen sagen, ist unbestreitbar. Hier gibt es keine Meinungsverschiedenheiten zwischen uns. Bleibt aber dennoch die Frage: wie vom Wort zur Tat übergehen?

Die überwältigende Mehrheit der Parteimitglieder und ein bedeutender Teil des Apparates — wir zweifeln nicht im Mindesten daran — wollen aufrichtig den Kampf. Doch muß man der Wirklichkeit offen in die Augen sehen: diesen Kampf gibt es nicht, zu diesem Kampf kommt es nicht. Brünings Dekrete sind ungestraft geblieben. Der Weihnachts-Bürgfrieden wurde nicht durchbrochen. Die Politik improvisierter Teilstreiks hat, nach den eigenen Berichten der Kommunistischen Partei, bisher kein ernsthaftes Resultat gebracht. Die Arbeiter sehen dies. Mit bloßem Geschrei kann man sie nicht überzeugen.

Die Verantwortung für die Passivität der Massen schreibt die Kommunistische Partei der Sozialdemokratie zu. Im historischen Sinn ist dies unbestreitbar. Doch wir sind ja nicht Historiker, sondern revolutionäre Politiker. Es geht nicht um historische Forschungen, sondern um Mittel des Auswegs. (Schluß folgt.)

Majestät Charlatan

Seine Majestät, von dem heißen Wunsche besetzt, dero Unterranen mit einer Biographie Allerhöchstselbsten zu beglücken, hat geruht, den Direktor der weltbekannten Aktionsgesellschaft für Lieferung von Biographien en gros und en detail, den berühmten kapitalistischen Sensationsjournalisten Herrn Emil Ludwig in München zu beauftragen, die Biographie des Herrn. Allerhöchstselbsten zu liefern. Auf dem Wege über den kapitalistischen Schmock durch die Bourgeoisieblätter (siehe «Neue Freie Presse») zu den werktätigen Massen den ganzen Welt sprechen — sagt die Wiener «Rote Fahne», und die muß es ja wissen.

Als seine Grundaufgabe erklärte Seine Majestät dem kapitalistischen Schmock die «Festigung der Sowjetunion als eines sozialistischen, das heißt internationalen Staates zum Zwecke der Festigung der Macht der gesamten internationalen Arbeiterklasse». Diese Festigung besorgt Seine Majestät bekanntlich so, daß sich heute Japan zum Kriegsüberfall auf die Sowjetunion erbrechen kann, daß alle kommunistischen Parteien hinuntergebracht sind und insbesondere die KPD derartig geschwächt ist, daß die Nazis die Vertreter der Millionen revolutionärer Arbeiter Deutschlands ungestraft aus dem preußischen Landtag blutig hinausprügeln konnten, daß überhaupt die größten Entscheidungen in Deutschland gegen die Arbeiter fallen, ohne daß die KPD, daran das Geringste ändernd, ja ohne daß sie das Geringste dagegen unternimmt und daß die Arbeitermassen trotz aller kapitalistischen Offensive trotz der Not, trotz allen sozialdemokratischen Verrates nicht zu KPD gehen, sondern bei der SPD bleiben oder gar zum Faschismus überlaufen. So schaut nämlich die «sozialistische» Festigung durch Stalin aus. — Seine Majestät geruht, dem kapitalistischen Schmock zur Beruhigung der Bourgeoisie allerhöchst zu versichern, daß Seine Majestät nach wie vor Trotzki mit Groll, Ingrim, ja Wut hasse. Seine Majestät, die sonst mit besonderer Vorliebe lügt, geruht hier ausnahmsweise die Wahrheit zu sprechen. In der Tat haben jene Berliner Aerzte, die vor kurzem das Hirn und den Magen der erkrankten Majestät untersuchten, festgestellt, daß es ein und derselbe Bazillus ist, der seiner Majestät Magen beunruhigt und auch das Hirn seiner Majestät ein bißchen, sogar ein bißchen stark, verwirrt: der Trotzkiismus nämlich. Seine Majestät ersuchen den kapitalistischen Schmock mittels der kapitalistischen Presse, «den werktätigen Massen der ganzen Welt mitzuteilen, daß die Arbeiter Trotzki vergessen hätten, daß er von den Arbeitern abgerückt sei». Seine Majestät leidet nämlich auch an der sogenannten Charlatanmajeestät, die darin besteht, daß die Charlatanmajeestät das, was sie selbst tut, anderen unterschiebt, um weiter die Charlatanmajeestät spielen zu können. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß die Zeit naht, da die Arbeiter die Charlatanmajeestät von seinen Krankheiten erlösen werden, das heißt, dem Charlatan Stalin das Steuerruder aus der Hand nehmen werden, damit der Kurs der Kommunistischen Parteien, der Kommunistischen Internationale und der Sowjetmacht endlich wieder den alten Weg Lenins gehe, den Weg zu den Arbeitern, den Weg für die Arbeiter.

ZEICHNET PRESSFOND

# STEIERMARK

## Klösterreich

Nichts charakterisiert den österreichischen Staat mehr, als die Aufnahme der vom spanischen Proletariat verjagten Pfaffen. Das Grazer Arbeiterlosentamt wird heuer noch geräumt. . . . Das Sanatorium Skapatetti wird geräumt. . . . In Wetzelsdorf werden über 14 Arbeiterparteien delogierte. . . . und überall ziehen ein — spanische Pfaffen!

In einer Zeit, wo die Wohnungsnot so groß ist, wo Arbeiterfamilien in Notasien verkümmern und Obdachlose auf den Straßen verrecken, schafft man Wohnungen für Pfaffen. Die wehenden Jesuitenkappen sind wohl das allerbeste Symbol unserer «demokratischen Republik» und unseres «demokratischen» Landeshauptmanns Rintelen. So wird dank der Politik der Sozialdemokraten Oesterreich zu einem Klösterreich.

## Belagerungszustand in Eggenberg

Wie schon öfters, so war wieder am 6. Juni in Badls Kasino eine Nazi-Versammlung. Sie konnte aber nur durchgeführt werden, indem man über die Umgebung des Versammlungslokales den Belagerungszustand verhängte. An allen Ecken und Enden wurden spanische Reiter aufgestellt, dahinter Maschinengewehre, Tränengasbomben und 120. feldmäßig ausgerüstete Gendarmen mit Bajonett auf Auf-

Grund der Vorfälle in Innsbruck war die SP-Leitung gezwungen, den Schutzbund aufmarschieren zu lassen. — Rosenwirth erklärte den angesammelten Arbeitermassen, «wenn wir den Nazi die nötige Verachtung zeigen, kommen sie in Eggenberg nicht hoch». Wie gewöhnlich war der Schutzbund in den Funkrealitäten kaseriniert.

## Stalins „Einheitsfront“

Die am Mittwoch, den 1. Juni, von der KP abgehaltene Arbeitslosenversammlung am Freiheitsplatz in Graz, der die Polizei mit dem üblichen Terror entgegentrat, zeigte klar, wie weit die Stalinsche «Generalinie» geführt hat. Als Erster sprach der Strategie Alfons über die skandalösen Zustände in der Arbeitslosenfrage. Er forderte auf, Delegationen zu wählen, um so die Aussteuerungen einzeln zu tun. Er forderte auch Nazis und Hahneschwänzer auf, sich an den Delegationen zu beteiligen und ermöglichte so dem Nazi Auer, in einer kommunistischen Versammlung seine faschistische Phrasologie eine Stunde lang zu propagieren. Der Erfolg blüht auch nicht aus. Der Nazi Auer wurde als Führer einer Delegation gewählt und so war die «Einheitsfront» hergestellt. Zwar nicht die rote Einheitsfront, aber die «rota-braune Einheitsfront» (siehe Volksentscheid). Wir fragen die Stalin-Bürokraten, ob mit einer solchen «Einheitsfront» den Arbeitslosen und Ausgesteuerten geholfen werden kann? Arbeiter, Kommunisten! Macht Schluß mit der unsinnigen Parole der «roten» Einheitsfront und helft mit, an deren Stelle die Leninsche Einheitsfronttaktik zu setzen, die allein Gewähr leistet für den erfolgreichen Kampf gegen Faschismus und reaktionären Reformismus!

Bezirksorganisation Graz: Auskünfte, Zuschriften an die «Arbeiter-Stimme» werden entgegengenommen jeden Donnerstag, 7 bis 8 Uhr abends, im Kommunekeller Eggenberg, Rochelgasse 52.

# Stalinsche „Wendung“

Der Bankrott der «roten» Einheitsfronttaktik schreit zum Himmel. Stalin hat sich jedoch gerade in dieser Frage und dem ihr zugrunde liegenden «Sozialfaschismus» persönlich so festgerannt, daß er nicht weiß, wie herauszukommen, ohne seine «Unfehlbarkeit» unheilbar zu erschüttern. Das gewöhnliche Stalinmanöver, in Worten zu «wenden», in der Praxis aber seine «Generalinie» fortzusetzen, wird immer unmöglicher. Am liebsten möchte er jenes andere Schwindelmanöver wiederholen, das er so oft angewendet: auf die Linksopposition noch stärker dreinhauen und — ihre Linie «übernehmen», wobei er sie in seiner Art so durchführt, daß er sie zugrunde richtet. Stalin versucht es also mit einem «echtstalinischen Kompromiß». Er stiehlt sich an die Taktik der Arbeiter-Einheitsfront heran; er wendet sich nicht nur an die sozialdemokratischen Arbeiter, sondern auch an die «unteren reformistischen Organisationen» — und betreibt seine «rote» Einheitsfronttaktik weiter.

Dem ganzen liegt die stalinische Linie der Kapitulation vor dem Faschismus zugrunde. Wer das nicht glaubt, der lese den in der «R. F.» vom 9. Juni veröffentlichten stalinoffiziellen Prawda-Artikel, worin es wörtlich heißt:

«Es kann nicht daran gezweifelt werden,

daß der Uebergang der Macht an die Nationalsozialisten in den entscheidenden Teilen der Deutschen Republik in den werktätigen Massen einen Sturm der Entrüstung auslösen und der Fahne der Kommunistischen Partei neue Massen von Arbeitern zuführen wird.»

Das heißt, der Stalinismus denkt seiner Grundeinstellung nach gar nicht daran, es zu verhindern, daß der Faschismus zur Macht kommt; im Gegenteil, er spekuliert gerade darauf, daß der Uebergang der Macht an den Faschismus, der Kommunistischen Partei neue Massen zuführen würde. Eine furchtbare Illusion, die das Proletariat, die KP mit der blutigsten Niederlage bezahlen müßte, die sie je erlitten! In der Aufgabe des Proletariats, die Aufgabe der KP ist nicht die Kapitulation, nicht die Spekulation auf den «Sturm, den die Uebernahme der Macht durch den Faschismus auslösen wird» und auch nicht die Spekulation auf sein Abwirtschaften, sondern einzig und allein die unbedingte Verhinderung, daß der Faschismus zur Macht kommt! Das ist noch immer möglich, aber es ist einzig und allein möglich nur mehr, wenn die KPD rasch zur Taktik der proletarischen Einheitsfront übergeht und das öffentliche Angebot zur Bildung der Einheitsfront für den Kampf gegen den Faschismus auch an die Sozialdemokratische Partei richtet und an die von ihr geführten proletarischen Massenorganisationen!

# Aus der Partei

## Erklärung

An die K. P. Oe. (Opposition)!

Werte Genossen!

Als Jungarbeiter kam ich vor mehr als acht Jahren zur Kommunistischen Partei und war die ganzen Jahre hindurch aktiv in und mit der Partei. Ich habe von allem Anfang an den ganzen Kampf gegen Euch mitgemacht, diese ausgesetzte Konkurrenz der KPOe (Opposition) habe ich sonders gegen den Genossen Frey. Ich folgte anfangs längere Zeit der Koritschoner-Toman-Fraktion und schloß mich dann der Mittelgruppe (Stalinfraktion) an. Ich habe mit aller Kraft für Euren Ausschluß aus der Partei gekämpft und diesen Kampf gegen die Opposition auch nach deren Ausschluß auf das schärfste fortgesetzt. Ich kenne das wahre Wesen aller Fraktionen, die gegen Euch gekämpft haben, denn ich hatte Gelegenheit, sie aus nächster Nähe kennen zu lernen: Der Toman-Fraktion ging und geht es nur um die Kasse; die Stalin-Bürokraten ging und geht es nur um ihre Stellung; die Rechten endlich, die ich aus der Zeit, da sie mit der Stalin-Fraktion verbunden Euch ausgeschlossen haben, sehr genau am Werke sah, betrieben und betreiben nichts anderes als Stollenjägeri, kämpfen um jene Stellungen, die sie schon einmal hatten und in denen sie ihre lächerliche Impotenz ausgiebig erwiesen haben. Ich wurde von der Partei unter anderem 1926 in das Rote Frontkämpferlager nach Deutschland geschickt, ich kenne also den Stalinismus in Theorie und Praxis von außen und innen. Ich wiederhole offen: ich habe diesen Kampf, die ganz erbitterte Hetze durch die langen Jahre gegen Euch mitgemacht. Ich habe Eure unermüdete Tätigkeit, ich sah, wie Ihr trotz der planmäßigen Hetze, die in allen Mitteln der Lüge und Verleumdung und überhaupt skrupellos gegen Euch trieben wurde und betrieben wird, ich sah, wie Ihr trotz alledem und alledem den Kampf nicht verloren, sondern unausgesetzt inhaft und aufopfernd für die Sache der Opposition kämpft. Noch war ich nicht imstande diesen furchtbaren Giftschwall, der uns ehrliche Parteimitglieder und Ehre gelegt wurde, zu durchblicken; dann war auch ich gegen Euch und habe mich mit aller Kraft an diesem Kampf gegen Euch beteiligt, so wie es auch heute die ehrlichen Parteigenossen irrtümlich tun.

Allein die Ereignisse und Eure politische Weisheit haben mir die Augen geöffnet. Die vollständige Versagen der Partei trotz der größten Anstrengungen und Opfer der Parteimitglieder, insbesondere in der letzten Zeit dieses entsetzlichen Versagens in (für die Arbeiter jetzt so entscheidenden) der proletarischen Einheitsfront hat

mich zu der Ueberzeugung gebracht, daß die stalinische Linie die Partei in den Abgrund führt, dem Kommunismus nicht nützt, sondern schadet. Ich habe lange geprüft und schließlich erkannt, daß das Versagen der Kommunistischen Parteien und der Kommunistischen Internationale die Grundwurzel hat im Stalinismus, der eine Abkehr ist von Marx und Lenin. Der Stalinismus lähmt in allen Ländern die Kommunistischen Parteien, schwächt sie, nützt dadurch der Sozialdemokratie, letzten Endes der Bourgeoisie.

Ich habe wiederholt Eure Diskussionsabende besucht, ich habe Eure Einstellung, ich habe Eure ganze Tätigkeit von allen Seiten geprüft, ich habe Eure zähe, beharrliche Arbeit durch lange Monate aus nächster Nähe prüfend verfolgt und durch all das die Ueberzeugung gewonnen, daß Ihr, die KPOe (Opposition) die einzige Kraft seid, die ernstlich unsere Partei gesunden will, gesunden wird. Ich schließe mich daher aus voller Ueberzeugung der KPOe (Opposition) an und fordere die ehrlichen Mitglieder der Partei auf gemeinsam mit der KPOe (Opposition) für die Gesundung der Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Internationale zu kämpfen.

Wien, am 2. Juni 1932.

Mit kommunistischen Grüßen

Ludwig Loibl

Die Erklärung des Genossen Loibl ist für uns nach vielen Richtungen hin bedeutsam. Genosse Loibl ist ein langjähriges Parteimitglied, aber er gehört trotzdem zur jungen Arbeitergeneration. Es ist besonders wichtig für uns, daß ein Vertreter der besten revolutionären Jungarbeiterelemente in der Partei sich für uns erklärt. Und Loibl war einer der Aktivisten in der Partei, einer, der jahrelang in und für die Partei gekämpft und der besonders allen Otakringer Genossen sehr gut bekannt ist. Und Loibl hat diesen jahrelangen, vor keinem Mittel zurückschreckenden Kampf gegen uns mitgemacht. Und dennoch hat er den Weg zu uns gefunden! Daß er die innere Kraft dazu fand, ehrt ihn und es ehrt unsere Sache, daß ein so tüchtiger, aktiver Arbeiterkommunist nach jahrelanger, erbitterter Feindschaft sich uns einreicht. Der Anschluß des Genossen Loibl ist uns allen ein Ansporn. Denn der Anschluß Loibls beweist, daß wir alle ehrlichen Genossen in der Partei, mögen sie noch so verhetzt gegen uns sein, mögen sie heute noch so erbittert mit allen Mitteln gegen uns kämpfen, gewinnen können, gewinnen werden! Wir begrüßen den Genossen Loibl in unseren Reihen.

## Fall Kreutner

Rudolf Kreutner, Kreisleitungsmitglied des Kreises IV, ist zu den Nationalsozialisten übergetreten.

Es gibt in jeder Partei Schwankende, die sich bald für diese und bald für jene Politik begeistern, dafür kann man die Partei nicht verantwortlich machen. Doch im Falle Kreutner steht die Sache anders.

Kreutner zählte zu den ältesten und aktivsten Parteimitgliedern. Während der letzten

# Stalinsche Selbstbespiegelung

Den offiziellen Bericht über die Tagung des ZK-Plenums, veröffentlicht im «Kommunist» Nr. 3/4, entnehmen wir folgende echt stalinsche Selbstkritik:

«Die Wichtigkeit dieser Arbeit (der Verankerung der Partei in den entscheidenden Schichten der Arbeiterklasse, vor allem in den Großbetrieben) haben wir (das ZK) in unzähligen Resolutionen festgestellt, doch sind wir seit dem Novemberplenium (also seit 8 Monaten) keinen wesentlichen Schritt weiter gekommen. . . . «Es fehlt noch immer die Planmäßigkeit der Betriebsarbeit» (durch die Schuld des ZK nämlich! Doch das steht nicht darin, sondern zwischen den Zeilen schieben die Niederlagenstrategen die Schuld daran den Mitgliedern zu) . . .

«Wir sollen nicht nur die Streikparole ausgeben, sondern auch den Boden dazu vorbereiten» (diese «wir» sind in Wirklichkeit die Stalinbürokraten, aber wieder schieben sie die Schuld den Mitgliedern zu. «Wir» haben nämlich bei allen Gelegenheiten Fehler gemacht, sagen die ZK-Bankrotteure, die selbst diese Fehler in Wirklichkeit begangen haben, aber die Schuld immer auf die Mitglieder schieben). Zur Behebung dieser Fehler lassen die Stalin-Bürokraten wieder die «Kaderfrage» spielen: «Aus dem gesamten RGQ-Apparat von unten bis oben müssen die verknocherten und verkalkten Elemente durch neue Elemente aufgefrischt werden. In Wirklichkeit ist in der ganzen Partei niemand so verknochert, verkalkt, wie die Stalin-Beamten.

«Wir haben gerade die Frage des Kampfes gegen die imperialistischen Krieg nicht in den Mittelpunkt unserer gesamten Agitation und Propaganda gestellt, wir haben es nur in ganz ungenügender Weise verstanden, die Frage des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg mit den Tagesfragen zu verbinden». «Wir», das sind nämlich Ihr, die Mitglieder, denn Ihr werdet später hören, daß die Linie des ZK richtig sei, daß Euch also das ZK — nach seiner eigenen Behauptung! — richtig führe: Ihr, die Mitglieder, seid die Schuldigen an den Fehlern, sagen die Stalin-Bankrotteure.

«Einige Mängel unserer Einheitsfronttaktik»: . . . «Gerade auf dem Gebiete des Kampfes gegen die Offensive des Kapitals liegt der schwächste Punkt unserer (Euch, den Mitgliedern, wird da die Schuld gegeben) Politik und Einheitsfronttaktik. Trotz aller richtigen Beschlüsse (die Stalin-Bürokraten bestätigen sich also, daß sie, die Stalin-Bürokraten, richtig führen) sind wir (die Partei) nicht wesentlich weitergekommen. Es ist uns (der Partei) nicht gelungen, wesentliche Erfolge im Kampfe gegen Lohn- und Unterstützungsraub zu erreichen.»

«Wer ist der Hauptfeind? . . . Der Hauptfeind im Klassenkampf ist der Kapitalismus, der Hauptfeind in den Reihen der Arbeiterschaft sind die Führer der SP. . . . Daher geht der Hauptstoß gegen die SP. Also: Der Hauptfeind ist der Kapitalismus, daher geht der Hauptstoß nicht gegen die Bourgeoisie, sondern — gegen die SP. Diese gefährliche Linie des Blödsinns und der Schurkerei, nach welcher die Stalin-Bankrotteure die KP wirklich führen (nämlich in den Abgrund führen), steht wörtlich im «Kommunist», Seite 9.

«Wir dürfen nicht vergessen, daß wir die SP-Arbeiter von ihren Illusionen befreien und für den revolutionären Klassenkampf gewinnen wollen» (Seite 9). . . . «Die Sozialdemokratie und ihre verschiedenen Organisationen (vor allem die Gewerkschaften) genießen nach wie vor die Autorität bei breiten Schichten der Arbeiterbewegung» (Seite 23). . . . Aus dieser Tat-

sache ergibt sich für jeden ernsten Revolutionär zwingend die Schlußfolgerung, daß die KP die SP-Arbeiter, solange sie Vertrauen zur SP haben, nicht anders von ihren Illusionen befreien kann als durch die kombinierte Einheitsfronttaktik von unten und oben, daß sich also die KP mit dem Einheitsfrontangebot wenden muß auch an die SP als Partei. Doch gerade das lehnt der Stalinismus ab, statt dessen verzapft er folgenden Kohl:

Einerseits: «Wir machen bei Organisation der Einheitsfront die Anerkennung unserer Ansichten nicht zur Voraussetzung des gemeinsamen Kampfes». — Andererseits: «Die Führung der roten Einheitsfront muß in den Händen der anderen: denn wenn die Führung der proletarischen Einheitsfront von vorn herein in den Händen der Kommunisten liegen muß, so wird aber faktisch die Anerkennung unserer, das ist der kommunistischen Ansichten als Voraussetzung des gemeinsamen Kampfes verlangt, die Einheitsfront also verhindert.

«Die rote Einheitsfront führt die Aktionen, die von der Kommunistischen Partei organisiert werden» (Seite 11). Welcher Unsinn! Darnach hat die KP die Aktionen zu organisieren, aber die Führung dieser Aktionen hat die rote Einheitsfront. In Wirklichkeit organisiert die proletarische Einheitsfront die gemeinsamen Aktionen (die «rote Einheitsfront» organisiert heute nur Scheinaktionen, bzw. Aktionen nur kleiner Teile der Massen) und die Führung der Aktionen der proletarischen Einheitsfront zu erringen, ist das Ziel der Anstrengungen der KP, was ihr bei richtiger Politik und Taktik schließlich auch gelingen wird.

«Der Kampf gegen jede dieser Parteien (SP und Nazi) kann nur geführt werden als Kampf gegen beide Parteien. Dabei ist die SP da heute noch die Mehrheit der Arbeiter hinter ihr steht, der Hauptfeind im Lager der Arbeiterklasse. Deshalb muß die Partei mit aller Schärfe jeden Versuch zurückweisen, die Generalinie ihres Kampfes zu ändern. (Welches die «Generalinie» ist, werden wir gleich hören.) «Im Zusammenhang mit dem starken Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen bei den letzten Wahlen versuchen in einzelnen Organisationen trotzkistische und schwankende Elemente eine Aenderung unserer Politik in dem Sinne herbeizuführen, daß der Hauptstoß nur mehr gegen die Nazi gerichtet werden soll». Was bedeutet diese entscheidend wichtige Stelle, die wörtlich Seite 20 des «Kommunist» gedruckt steht? Sie bedeutet, daß der Stalinismus mit vollem Bewußtsein den Hauptstoß nicht richtet gegen den Nationalsozialismus, sondern gegen die Sozialdemokratie, daß der Stalinismus als Hauptfeind behandelt nicht den Faschismus, sondern die Sozialdemokratie! Jeder Kommunist, jeder Arbeiter, muß diese Stelle durchdenken, denn sie zeigt, daß der Stalinismus einerseits verantwortlich ist dafür, daß die SP ihre Verratspolitik fortsetzen kann, ohne daß die Arbeitermassen zur KP übergehen, andererseits zeigt sie, daß für das Anwachsen des Faschismus die Hauptverantwortung wohl fällt auf den sozialdemokratischen Verrat, daß aber ein gerütteltes Maß von Verantwortung dafür fällt auch auf die stalinische Bankrottpolitik.

Wir haben nur einen Teil der ungeheuren Widersprüche, die da die Stalin-Bürokratie auf ein paar Seiten verzapft, hervorgehoben. Aber schon das zeigt die grenzenlose politische Verworfenheit, mit der die Partei geführt wird. Es ist unvermeidlich, daß bei dieser «Linie», bei solcher «Führung» all die großen Anstrengungen der Mitglieder zuschanden werden und daß die Partei trotz der Gunst der objektiven Lage an die großen Massen nicht herankommt. Die Liquidierung des Stalinismus, der Uebergang auf die leninsche Linie, ist die Grundvoraussetzung zum Vormarsch der Partei!

